Medienmitteilung vom 5. Februar 2014

# Der lange Arm des Staates nimmt private Entsorger in den Würgegriff

Angesichts der zahlreichen negativen Berichte zum Thema Abfall geriet die aktuelle politische Debatte über die drohende Monopol-Bildung im Schweizer Entsorgungswesen in den vergangenen Wochen etwas in den Hintergrund. Aus Sicht des Verbandes für Stahl-, Metall- und Papier-Recycling (VSMR) verdient diese Diskussion im Vorfeld der anstehenden Entscheide im Ständerat eine gesamtheitliche Betrachtung.

Die Revision der Technischen Verordnung über die Abfallentsorgung (TVA) ist zurzeit in vollem Gange. In mühevoller Kleinarbeit ist es dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) gelungen, die privaten Entsorgungsunternehmen und die Vertreter der Gemeindebetriebe Punkt für Punkt an eine Kompromisslösung heranzuführen, um die erfolgreiche Symbiose von Staat und Wirtschaft im Entsorgungswesen möglichst aufrechtzuerhalten.

#### Bewährte Partnerschaft statt Gärtchendenken

Gemäss der aktuell geltenden TVA beschränkt sich das staatliche Entsorgungsmonopol auf Siedlungsabfälle. Siedlungsabfälle sind per Definition die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie andere Abfälle vergleichbarer Zusammensetzung. Diese Regelung ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht sinnvoll, denn gerade in Siedlungsgebieten soll die Entsorgung von Kehricht, das heisst von gemischten brennbaren Abfällen, möglichst ohne unnötigen Mehrverkehr bewerkstelligt werden. Im Gegenzug werden die Kommunen bei den Gewerbe-Abfällen durch das Dienstleistungsangebot der privaten Entsorger entlastet. Dabei geht es einerseits um eine individuell geregelte Kehricht-Entsorgung, andererseits aber auch um die Verwertung der nicht brennbaren Mischabfälle. Hierfür stellt die traditionelle Verwertungs- und Recyclingwirtschaft in der Schweiz seit Jahrzehnten die geeigneten Sortier- und Recycling-Verfahren bereit.

#### Ein Schweizer Erfolgsmodell auf dem Prüfstand

1999 wurde die bewährte TVA durch einen Bundesgerichtsentscheid aufgeweicht, demgemäss auch nichtbetriebsspezifische, unsortierte Abfälle von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben als Siedlungsabfälle zu qualifizieren seien. Als Reaktion auf diesen umstrittenen Entscheid begannen die Schweizer Städte und Gemeinden umgehend mit dem Ausbau ihres Gebühren- und Entsorgungsmonopols. Um diese Entwicklung zu korrigieren, reichte der damalige CVP Ständerat Carlo Schmid im März 2006 eine Motion mit dem Titel "Kein Transport- und Entsorgungsmonopol für Gewerbekehricht" ein. Die Motion forderte den Bundesrat auf, den Text der TVA so anzupassen, dass der Wettbewerb bei nichtspezifischem Gewerbekehricht endlich wieder spielen könne. Der Vorstoss stiess in beiden Kammern auf Zustimmung und wurde überwiesen. Unterstützt wird er bis heute auch von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz.

Obwohl dem BAFU bei der Umsetzung der Motion bis heute noch kein Durchbruch gelungen ist, wurden bereits einige Teilerfolge erzielt. So einigten sich die Parteien darauf, dass Unternehmen mit weniger als 10 Vollzeitstellen (87% der Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen) weiterhin dem staatlichen Entsorgungsmonopol unterstellt bleiben.

## Frontalangriff gegen den funktionierenden Wettbewerb

Obwohl es sich beim Kompromiss des BAFU um einen politisch vernünftigen Vorschlag handelt, fürchten die Kommunen dir Rückkehr zum Wettbewerb, weil sie sich nicht länger auf ihrem Monopol ausruhen könnten. Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass FDP Nationalrat Kurt Fluri als Stadtpräsident von Solothurn im März 2011 eine Motion eingereicht hat, gemäss deren Inhalt das staatliche Monopol sogar noch auf sämtliche KMU (Unternehmen mit maximal 250 Angestellten) ausgedehnt werden soll. Eine solche Regelung wäre ein Frontalangriff auf das liberale Schweizer Abfallentsorgungs-Modell und stünde mit Blick auf die Verursacherverantwortung ausserdem im Widerspruch zum Schweizer Umweltschutzgesetz. Wichtigstes Argument der Befürworter der Motion Fluri war nicht etwa ein nachweisbares Interesse der betroffenen Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe, sondern der drohende Einnahmen-Ausfall aufseiten der Gemeinden. So warnte der Leiter eines städtischen Entsorgungsbetriebs in der Zeitung "Der Bund" vom 29. Januar 2014 vor den "fatalen" Folgen einer Privatisierung: Mehr Verkehr, Mehrkosten, mehr Abfall-Verkäufe ins Ausland.

### Argumente der Monopolisten überzeugen weder Bundesrat noch Experten

VSMR Geschäftsführer Thomas Bähler hat kein Verständnis für diese Angstmacherei: "Im Gegensatz zu den Einnahme-Ausfällen bei den Gemeinden werden die zusätzlichen Infrastrukturkosten einer Monopol-Lösung für die Steuerzahler kaum thematisiert. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass allein schon die Umstellung eines derart eingespielten Systems diverse Kosten und Probleme verursacht, so gesehen bei der Papierentsorgung in der Stadt Zürich. Darüber hinaus wird mit keinem Wort erwähnt, dass ein Verkauf von Abfall ins Ausland den Interessen der verwertungsorientierten Schweizer Recyclingwirtschaft diametral gegenüber steht."

Sukkurs in seiner kritischen Haltung erhält Bähler unter anderem auch vom Bundesrat. Dieser hält in seiner schriftlichen Antwort auf die Motion Fluri fest: "Bei der geplanten Umsetzung der Motion Schmid würde bei der Entsorgung der nicht unter das staatliche Entsorgungsmonopol fallenden restlichen 13 Prozent der Betriebe kaum Mehrfahrten entstehen. Zudem würden Städte und Gemeinden weiterhin bei fast 87 Prozent der Betriebe Grundgebühren für die Abfallentsorgung erheben können. Die vom Motionär angesprochene Gefahr von wilden Abfalldeponien sieht der Bundesrat als nicht gegeben."

Der Ständerat wird in den kommenden Wochen Gelegenheit erhalten, sich ebenfalls mit der Vorlage auseinanderzusetzen und die durch ein einzelnes Bundesgerichtsurteil eingeleitete Fehlentwicklung zu korrigieren.

Rückfragen: Dr. Thomas Bähler, Geschäftsführer VSMR, 031 390 25 50, baehler@vsmr.ch

Der "Verband Stahl-, Metall- und Papier-Recycling Schweiz" (VSMR) repräsentiert 150 Mitgliedsfirmen, welche insgesamt über 6'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Seit Januar 2010 umfasst er auch die Betriebe der Schweizerischen eisenschaffenden Industrie, das heisst 14 Giessereien und 2 Stahlwerke, seit 2011 zusätzlich die altpapierverarbeitenden Papierfabriken der Schweiz (4 Werke). Mit der privatwirtschaftlichen Verwertungs-, Entsorgungs- und Sekundärrohstoffbranche steht der VSMR für die Tradition der privatwirtschaftlichen Verwertung und Entsorgung. Firmen aus dem lokal verankerten Altstoff- Gewerbe mit deren Sammelstellen, Unternehmen mit modernsten Recyclinganlagen und klassische Handelsfirmen von Recyclingrohstoffen bilden seit Generationen das Fundament dieser fachspezifischen Branche. Die Mitglieder des VSMR bearbeiten mehr als 1.5 Mio. Tonnen Altmetalle und Schrotte sowie ca. 1.3 Mio. Tonnen Altpapier pro Jahr. Viele Mitgliedsfirmen sind seit Jahrzehnten regional in der Entsorgungsinfrastruktur solide verankert und eingebunden. Seit Anfang 2009 wird der VSMR durch Nationalrat Toni Brunner präsidiert.